

# Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz  
Politisch-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Er scheint an jedem Werktag** — — —  
Zu Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenbreite (Moffe's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Kreisnachlag in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrensdorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 189

Montag, den 16. August 1926

78. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

Die für Dienstag, den 17. ds. Mts., vormittags 11 Uhr, in der Bahnhofs-  
schaft Pulsnitz angeordnete **Versteigerung findet nicht statt.**  
Der Vollziehungsbeamte des Finanzamtes Ramenz.

## Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Tageblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

## Das Wichtigste

Vom 15. bis 17. August findet in Stettin die Reichstagung des Reichs-  
verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine statt, zu der Delegierte  
von Hausbesitzervereinen aus allen Teilen Deutschlands erschienen  
sind. Auf dieser Tagung werden u. a. Dr. Hahn-Brigen aus Breslau  
über „Hausbesitz und Politik“ und Hermann Laerz aus Halle über  
„Deutsche Wirtschaft und deutscher Hausbesitz“ sprechen.  
Das Reichskabinett hat bei seinen Beratungen zur Genfer Frage Stellung  
genommen.  
Der Hapag-Dampfer „Hamburg“ hatte die Pressevertreter zu einer Fahrt  
eingeladen, auf der Geheimrat Cuno über die deutsche Schifffahrt  
sprach.  
Der englische Bergarbeiterstreik steht vor dem Zusammenbruch.

## Vertliche und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Komikerwettkampf.) Oskar Wirtler  
kommt! So hieß es vorige Woche und für Viele war diese  
Meldung eine ganz verbindliche Einladung, ihn auch diesmal  
unter allen Umständen zu besuchen. Und mit ihm kamen  
noch drei Berufskollegen, fanden im Schützenhaus einen über-  
füllten Saal und machten die wohl 800 Besucher zu Schieds-  
richtern über ihren Komikerwettkampf. Eine höchst interessante  
Aufgabe fürs Publikum, unter den vier besten Komikern  
Sachsens den ansprechendsten durch „Wahlzettel“ zu bestim-  
men. Leider mußte man die alte Erfahrung bestätigt finden,  
daß es immer noch Komiker gibt, die nicht ganz ohne  
schwierige Zweideutigkeiten auszukommen verstehen. Nicht  
alle! Auch gestern nicht. Man hörte sehr anständige und  
dabei außerordentlich wirkungsvolle Darbietungen. Oft  
etwas veraltet. Schadet aber nichts. Den ersten Preis  
erhielt Oskar Wirtler mit ganz beträchtlicher Stimmenmehr-  
heit. Im zweiten Teil gabs Kabarett-darbietungen: Wat-  
schentanz, atrotatische Sportsätze und verblüffende Zauber-  
kunststücke. Für alle Darbietungen hatte man stärksten Beifall.

**Pulsnitz.** (Mütterberatung.) Die nächste Mütter-  
beratung in Pulsnitz findet am Mittwoch, den 18. August  
1926 nachmittags 4—5 Uhr im Rathaus 1 Treppe statt.  
Arzt wird anwesend sein. — (Die Wohlfahrtsprech-  
stunde) wird am Donnerstag, den 19. August 1926 nach-  
mittags 2—4 Uhr im Stadttrankenhause abgehalten.

— (Das Fernsprechbuch für die sächsische  
und preussische Oberlausitz) wird nach einer Mittei-  
lung der Handelskammer zu Zittau in der bis-  
herigen Weise beibehalten werden. Wie bereits vor kurzem  
mitgeteilt worden ist, hatte sich die Handelskammer gegen  
die Abschaffung des Bezirksfernsprechbuches ausgesprochen.  
Das Reichspostministerium hat die von ihr geltend gemachten  
Bedenken geteilt und hat nunmehr die Beibehaltung ange-  
ordnet.

— Die Aktiennennbeträge dürfen nach den  
gegenwärtigen Bestimmungen über 20, 50 oder 100 Reichs-  
mark oder ein Vielfaches dieser Beträge lauten. Von ver-  
schiedenen Seiten ist nun angeregt worden, eine Vereinheit-  
lichung der Aktiennennbeträge nach der Richtung hin herbei-  
zuführen, daß — nach Ablauf einer angemessenen Uebergangszeit  
— die Aktien zunächst nur noch über 100 oder 1000 Reichsmark  
und späterhin, wie in der Vorkriegszeit, allein nur noch über  
1000 Reichsmark lauten dürfen. Die Handelskammer  
zu Zittau hat dazu erklärt, daß die Regelung dieser  
Frage gegenwärtig um deswillen noch verfrüht sei, weil der  
für den An- und den Verkauf von Aktien in Frage kommende  
Personenkreis zum größten Teil noch zu kapital schwach sei,  
um in absehbarer Zeit den zum Umtausch von Kleinaktien in  
größere Aktien notwendigen Aktienbesitz erreichen zu können.  
Es ist auch als wünschenswert bezeichnet worden, daß zum  
mindesten die 100 Reichsmark-Aktie dauernd beibehalten wird.  
Für Neugründungen und Kapitalerhöhungen erscheinen dagegen  
schon jetzt Bestimmungen am Platze, wonach künftighin neben  
der 1000 Reichsmark-Aktie nur noch Aktien mit Nennbeträgen  
zu 100 Reichsmark und allenfalls noch zu 50 Reichsmark  
zugelassen sind.

## Das Reichskabinett zur Genfer Frage

Des Saarlandes Kampf um sein Deutschtum — Die Wendung im englischen Bergarbeiterstreik  
Durchführung eines zusätzlichen Wohnungsbauprogramms

### Das Reichskabinett zur Genfer Frage

† Berlin. Das Reichskabinett hat seine Beratungen  
zu Ende geführt. Insbesondere wurde erneut die Frage der  
Befähigung des vom Verwaltungsrat der Reichsbahn zum  
Generaldirektor gewählten stellvertretenden Generaldirektors  
Dr. Dormmüller eingehend erörtert. Nach Lage der Dinge  
konnte die Angelegenheit noch nicht zu einem abschließenden  
Ergebnis geführt werden, da eine sachliche Einigung nicht  
vorliegt.

Sodann nahm das Reichskabinett einen ausführlichen  
informativischen Vortrag des Reichsministers des Auswärtigen  
über die auswärtige Lage im Zusammenhang mit der  
bevorstehenden Völkerverbundtagung entgegen. Die übrigen  
Beratungen des Reichskabinetts betrafen laufende Angelegen-  
heiten. Die Frage des Reichsehrenmals wurde vorläufig zu-  
rückgestellt.

Zu irgendwelchen Beschlüssen in bezug auf die in Genf  
zu verfolgende Politik ist das Reichskabinett nicht gelangt,  
schon um deswillen, weil zunächst die Ergebnisse der Studien-  
kommission in Genf abgewartet werden müssen. Man rechnet  
in Berlin damit, daß die März-Beschlüsse der Kommission be-  
stätigt werden. Erst dann wird das Reichskabinett wieder zu  
einer Beratung über die Völkerverbundpolitik zusammentreten,  
um sich insbesondere über die Zusammenfassung der  
deutschen Delegation für Genf schlüssig zu werden.  
Man geht jetzt von der Auffassung aus, daß der Reichs-  
kanzler an der voraussichtlich bevorstehenden Reise nach  
Genf nur dann teilnehmen wird, wenn auch die Minister-  
präsidenten der anderen europäischen Staaten sich nach Genf  
begeben. Sollte dies nicht der Fall sein, so wird wahrschein-  
lich der Außenminister die deutsche Delegation führen.

Auf keinen Fall will die deutsche Delegation nach Genf  
abreisen, bevor absolute Klarheit darüber geschaffen ist, daß  
die Aufnahme Deutschlands unter den von uns feinerzeit  
wiederholt erörterten Voraussetzungen vollkommen zweifels-  
frei gesichert ist. Eine Wiederholung des Schauspiels vom  
März soll auf jeden Fall vermieden werden.

### Des Saarlandes Kampf um sein Deutschtum.

Keine Erleichterungen trotz Locarno.  
Köln. Im Rahmen der Kundgebungen für  
Rhein, Pfalz und Saar fand die geschlossene Mit-  
glieder- und Vertreterversammlung zur Er-  
öffnung der 6. Tagung des Bundes der Saarvereine statt.  
Der Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers des Bundes der  
Saarvereine, Verwaltungsdirektors Th. Vogel, behandelte  
in seinem politischen Teil die „weltpolitischen Ge-  
fahren der Saarfrage“.

Frankreich habe eine Saarfrage geschaffen, die  
es für Deutschland, die es für das Saargebiet nie gegeben  
hat und die es nach Abweisung des französischen Antrages  
auf die unbefristete engste Zusammengehörigkeit des Saar-  
gebietes zum Deutschen Reich in Zukunft nicht geben werde.  
Solange aber das jetzige Saargebiet mit dem ausgesprochenen  
Ziel der Schaffung neuer staatspolitischer Verhältnisse an der  
Saare bestehe, so lange müsse das gesamte deutsche Volk der  
saar-deutschen Bevölkerung in unermüdlichem, hartem  
Abwehrkampf zur Seite stehen.

Für die Saargebietsbevölkerung gebe es trotz der Haupt-  
forderung des Völkerverbundes nach dem Selbstbestimmungs-  
recht der Völker nicht einmal ein Mitbestimmungsrecht,  
vielleicht, viel weniger ein Selbstbestimmungsrecht.  
Das Saargebiet müsse sich die französische Saarbesatzung ge-  
fallen lassen, obwohl sie einen

Bruch des Versailler Vertrages

darstelle, müsse ausländische Beamte über sich regieren lassen,  
müsse jetzt infolge der vertragswidrigen Einführung der  
französischen Währung eine zweite Inflation-  
katastrophe durchmachen, die die wirtschaftlichen Grund-  
lagen des Saargebietes in ihren Grundfesten erschütterte  
und den größten Teil der Saargebietsbevölkerung an den  
Bettelstab bringe. Die Losreißung von der deut-  
schen Sozialversicherung habe im Saargebiet auf  
allen Gebieten der sozialen Fürsorge einen Notstand ge-  
schaffen, wie er sich schlimmer überhaupt nicht  
denken lasse. Dabei handele es sich bei all diesen von  
der Saarregierung getroffenen Maßnahmen keineswegs um  
die Durchführung vertraglicher Bestimmungen, sondern um  
die vertragswidrige systematische Abtren-  
nung des Saargebietes auf allen Gebieten vom  
deutschen Mutterlande in der politischen Absicht, jegliche  
Verbindung zwischen Saargebiet und übrigen Deutschland  
zu zerschneiden, um damit die Auswertung der für das Jahr  
1935 vorgesehenen Volksabstimmung an der Saar  
im französischen Sinne zu beeinflussen.

Der französische Einfluß in der Saarregierung  
sei trotz Ersetzung des französischen Saarpräsidenten Rault  
durch den Kanadier Stephens vorherrschend geblieben,  
so daß alle Entscheidungen der Saarregierung auch in Zu-  
kunft von französischen Interessen diktiert sein würden.

### Der Zusammenbruch des englischen Bergarbeiterstreiks

† London. In englischen Gewerkschaftskreisen herrscht  
über den bevorstehenden Zusammenbruch des Bergarbeiter-  
streiks die größte Befürchtung. Bereits mit dem Scheitern  
des Generalstreiks hatte die englische Gewerkschaftsbewegung  
einen empfindlichen Schlag erlitten. Dieser Schlag droht sich  
jetzt zur Katastrophe auszuweiten, wenn auch die Berg-  
arbeiter die Waffen strecken.

Und dies hält man für gewiß, da weder die durch den  
Generalstreik erschöpften englischen Gewerkschaftsklassen noch  
die Amsterdamer Internationale eine Summe von einer  
Million Pfund für die Fortsetzung des Bergarbeiterstreiks  
aufbringen können. Im September befürchten die eng-  
lischen Gewerkschaftler einen großen Krach  
auf ihrer Jahrestagung, wo die geschickerten Streiks zur  
Abrechnung kommen werden. Wie im Jahre 1921 nach dem  
ersten Bergarbeiterstreik wird jetzt eine starke Aus-  
trittsbewegung aus den Gewerkschaften  
erwartet.

Der englische Gewerkschaftsrat ist zu einer Sitzung zu-  
sammengetreten, um über die Lage im Kohlenbergbau zu  
beraten. Hauptgegenstand der Besprechungen war die finan-  
zielle Lage der Gewerkschaft, die von Tag zu Tag schlechter  
wird. Es soll nach Mitteln und Wegen gesucht werden, um  
den Arbeitern und ihren Familien weitere Hilfe leisten zu  
können. Wie verlautet, traten mehrere Mitglieder des  
Generalrates und der Gewerkschaft dafür ein, den Berg-  
arbeitern den dringenden Rat zu geben, sofort Ver-  
handlungen aufzunehmen, um das Beste aus  
der schlechten Situation herauszuholen.

### Unzufriedenheit der Moskauer Gewerkschaften.

Moskau. In Gewerkschaftskreisen der dritten Inter-  
nationale ist man sehr unangenehm überrascht  
über die jüngste Entwicklung der Streiklage im  
englischen Bergbau. Man verlangt Weiterfüh-  
rung des Kampfes und ist sehr ungehalten vor allem  
über Cool. Die dritte Internationale hat einen Aufruf er-

